

Dänische Minderheit kämpft gegen Sparpläne

Die dänische Minderheit in Südschleswig geht auf die Barrikaden. Aus Protest gegen das Sparpaket der Kieler Landesregierung waren unter dem Motto „Wir sind 100 Prozent wert“ am 26. Juni 2010 rund 14.000 Menschen durch Flensburg, Schleswig, Husum, Eckernförde, Süderbrarup, Leck und Westerland auf Sylt gezogen. Denn das schwarz-gelbe Kabinett plant, den dänischen Schulen künftig 15 Prozent weniger Geld zuzuweisen als den deutschen. "Sparen muss sein, aber wir werden es nicht hinnehmen, dass unsere Schulen ein Sonderopfer für die Sparpolitik leisten müssen", sagte Silke Hinrichsen, Abgeordnete des SSW im Landtag, auf der Kundgebung in Flensburg.

Mit dem Ende Mai von ihr beschlossenen Sparkatalog will die Landesregierung in Kiel den Haushalt sanieren. Es sollen bis 2020 1,25 Milliarden Euro eingespart werden. Im Dezember soll darüber im Landtag abgestimmt werden.

Der Sparkatalog enthält Vorschläge, die öffentlichen Mittel für das Schulwesen der dänischen Minderheit zu reduzieren. Die Regierung schlägt vor, ausschliesslich für die dänischen Schulen ab 2011 die Mittel von 100% auf 85% der Durchschnittskosten für Schüler an öffentlichen Schulen zu senken. Nach Berechnungen der Landesregierung beläuft sich die Einsparung auf 4,7 Mill. Euro jährlich. Würde dieser Vorschlag angenommen, wäre die Gleichstellung zwischen Mehrheit und Minderheit in Sachen Schulförderung zerstört.

Die Einsparung würde bedeuten, dass bis zu 22 der heutigen 48 dänischen Schulen in Südschleswig von Schliessung bedroht wären - also etwas weniger als die Hälfte aller existierenden dänischen Schulen.

Die Kürzungen wären nicht nur ein Rückschlag für das Schulwesen der Minderheit; sondern auch eine direkte Bedrohung für die alltäglichen kulturellen Rahmenbedingungen, weil viele Schulen auch Kulturzentren sind.

Neben Kürzungen auf schulischen Gebiet erwägt die Kieler Regierung auch generelle kulturelle Einsparungen von 27,5% bis 2012 bei allen drei nationalen Minderheiten in Schleswig-Holstein. Neben der dänischen Minderheit trifft dies auch die friesische Minderheit und die Sinti und Roma.

Die geplanten Kürzungen in der Bezuschussung sind ein fundamentaler Bruch mit der bisherigen Minderheitenpolitik und der Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955.

Die Kürzungsvorschläge der Landesregierung sind eine Diskriminierung und widersprechen grundlegend der Verfassung der Bundesrepublik und den gegenüber dem Europarat eingegangenen minderheitenpolitischen Verpflichtungen z.B. in der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten und in der Sprachencharta.

Die dänische Minderheit fordert die Landesregierung auf, ihre Vorschläge zur Kürzung bei der dänischen Minderheit zurück zu nehmen, so dass auch künftig die Regierung dem Paragraphen 5 der Schleswig-Holsteinischen Landessatzung („Gleichstellung der dänischen und friesischen Minderheiten“) gerecht wird.

Die dänische Minderheit hat darüber hinaus auch alle weiteren Sparmaßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierung mitzutragen, die diese der Mehrheitsbevölkerung aufbürden. Dabei gibt es also Gleichberechtigung. Die dänische Minderheit muß sich deshalb mit der Mehrheitsbevölkerung verbünden und den Kampf gegen das abverlangte Sonderopfer und den Sozialkahltschlagprogrammen von Landes- und Bundesregierung, gemeinsam führen.